

# Volkszeitung

Nr. 81.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7 gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50%, Angebote 25%, Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Lodz, Zamenhofska 17, III-16  
Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5-6 Uhr.  
Telephon des Schriftleiters: 28-45.

Der Abonnementspreis für den Monat November beträgt 2 Zloty, wöchentlich 50 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — Für Amerika einen Dollar monatlich.

2. Jahrg.

## Lohnkampf.

Am heutigen Donnerstag tritt der Klassenverband der Berufsverbände in den Streit, um die Hungerlöhne seiner Mitglieder aufzubessern. So lauten die Meldungen. In Wirklichkeit aber handelt es sich um keine Lohnaufbesserung, sondern nur um den Lohnausgleich von 23 Prozent, entsprechend der Berechnung des Indexes durch die Kommission zur Festsetzung der Teuerung in den letzten Monaten.

Jedem klarschauenden Menschen müßte es einleuchten, daß diese Forderung des Verbandes gerecht und billig ist. Keine Lohnforderung, sondern nur Lohnausgleich. Dem Hofarbeiter, dem vor acht Monaten 2 Zloty 66 Groschen als Tageslohn festgesetzt wurden, erklärte und errechnete die Kommission mit mathematischer Genauigkeit, daß die Zl. 2,66 in seiner Hand um 23 Prozent geschmolzen sind, daß also die Kaufkraft des Zloty um 23 Prozent zurückgegangen ist. Und wenn man diesen geringen Lohn der Arbeiterschaft betrachtet, der bei einem qualifizierten Arbeiter — einem Weber z. B. — nur in den seltensten Fällen einen Wochenlohn von 35 Zloty erreicht, so muß man vorbehaltlos zu dem Schluß gelangen, daß dieser Arbeiter keinesfalls diesen so geringen Lohn noch um 23 Prozent reduziert, abgesehen davon, daß heute nicht überall die volle Woche gearbeitet wird und daß somit ein großer Teil der Arbeiterschaft nicht einmal diesen geringen Lohn bezieht.

Jedem dürfte es also einleuchten, daß die Aufwertung der Arbeiterlöhne erfolgen muß, daß der Klassenverband ein moralisches Recht besitzt, den Ausgleich zu verlangen. Und dennoch leuchtet diese klare Sache gerade denjenigen nicht ein, die den Rückgang des Kaufwertes ebenfalls empfinden — den Industriellen. Ohne auf die Forderungen überhaupt einzugehen, ohne sich auch nur die Mühe gegeben zu haben, dieselben zu besprechen, antworteten die Industriellenverbände, daß sie sich heute keine Lohnerhöhung leisten können, da diese die Erzeugung verteuern und die Inbetriebhaltung der Industrie in Frage stellen würde. Keine sachliche Erwiderung also, sondern die Antwort: „Wir geben nichts“.

Natürlich rechnen die Industriellen dabei damit, daß der Streik nicht gelingen und die Arbeiterschaft nicht die notwendige Durchschlagskraft aufbringen wird. Wir verkennen keinesfalls den ungünstigen Augenblick für den Streik. Auch der Verband selbst ist sich darüber klar, daß der heutige Lohnkampf ein weit ungünstigerer ist, als die Kämpfe am Anfang des Jahres. Die Arbeitslosigkeit wüthet mit unverringelter Kraft weiter und hat den größten Teil der unglücklichen Proletarier entnerot, entmutigt und zermürbt. Die nur geringe Belegung in der Industrie hat die Arbeitslosigkeit fast gar nicht gemildert. Auch der Spätherbst und die nahen Winterorgen sind nicht dazu angetan, die Streiklust zu fördern.

Doch andererseits fehlen die 23 Prozent in dem Budget der Arbeiterfamilien. Die Not schaut gerade infolge des nahenden Winters der Arbeiterschaft herausfordernd in die Augen. Wenn man in den Sommermonaten mit den

## Sind die Forderungen der Textilarbeiter zu hoch?

Der Klassenverband widerlegt diese Behauptung.

In Verbindung mit der Proklamierung des Streiks für den heutigen Donnerstag durch den Klassenverband hat derselbe gestern einen Aufruf an die Arbeiter erlassen, in dem er die Behauptung der Industriellen widerlegt, daß die Forderungen der Arbeiter zu hoch sind. In dem Aufruf heißt es:

Es ist nicht wahr, daß die Verhältnisse in der Industrie ungünstig sind. Eine ganze Reihe von Fabriken arbeitet Ueberstunden. Zahlreiche Fabriken wollen eine zweite und dritte Arbeitsschicht einführen. Die Preise für Waren wurden erhöht. Die Industriellen erhielten von der Regierung eine ganze Reihe von Vergünstigungen, während die Arbeiterlöhne herabgesetzt wurden. Dort, wo die Arbeiter in Klassenverbänden organisiert sind, haben sie sich Lohnkürzungen nicht gefallen lassen und in den letzten drei Wochen sogar Lohnzulagen erhalten. Die Strumpfwirker in Lodz erhielten nach elfstägigem Streik 15 Prozent, die Seidenhandweber ohne Streik 34 Prozent, die Knäpfer in Kalisch 17 Prozent, die Divanweber und Trikotagenarbeiter in

Warschau 6 bis 50 Prozent, die Weber und Spinner in Zdunska Wola 30 Prozent, die Weber in Kolomya nach viertägigem Streik 30 Prozent, die Arbeiter in Andrychow 30 Prozent, die Lohnweber in Bialystok 100 Prozent, die Industriearbeiter in Bielitz 5 Prozent. In vielen anderen Ortschaften sind die Arbeiter in den Streik getreten.

Nachdem die Industriellen unsere Forderungen rücksichtslos zurückgewiesen haben, bleibt uns nichts weiter als der rücksichtslose Streik übrig. Der Kampf wird schwer sein, doch wenn er von allen Arbeitern aufgenommen wird, so muß er gewonnen werden.

Der Aufruf schließt mit den Worten:

Zwischen den hungrigen Arbeitern gibt es keine Unterschiede. Der Sozialist, der A. P. K.-Mann, der Chadek, der jüdische oder christliche Arbeiter — alle sind sie hungrig und nackt — sie alle müssen um ihre Existenz kämpfen.

Am Donnerstag, den 27. November, soll der Betrieb in allen Fabriken ruhen.

so sehr geringen Einnahmen noch irgendwie haushalten konnte, so ist dies bei den vergrößerten Ausgaben im Winter unmöglich. Und deswegen hat der Klassenverband, wenn auch schweren Herzens, die Herausforderung der Industriellen angenommen und den Lohnkampf für heute proklamiert.

Die jetzigen Lohnforderungen in der Textilindustrie haben auch schon ihre Geschichte in Warschau. Die Abgeordneten der Arbeiterschaft haben, nachdem die Industriellen ablehnend antworteten, der Regierung die Lage unterbreitet und Intervention gefordert. Die Regierung antwortete ausweichend, trotzdem die Abgeordneten darauf hinwiesen, daß die Industriellen in der Wojewodschaft Lodz in den meisten Fällen die Zulagen bewilligte. Es geht auch hier wie früher um einen Kampf zwischen Industrie und Regierung. Die Industriellen werden wie bis jetzt von der Regierung Vergünstigungen verschiedener Art fordern und von Konkurrenzunmöglichkeit, von teuren Steuern und Krediten, von teuren Krankenkassenabgaben usw. sprechen. „Wir sind dem Auslande gegenüber nicht konkurrenzfähig und können deshalb nicht zulegen“ wird auch diesmal die Antwort sein.

Natürlich muß die Regierung in diesen Lohnstreit eingreifen, um ihn zu schlichten und der Arbeiterschaft Gerechtigkeit zu verschaffen. Bei dieser Gelegenheit wird sich die Regierung wieder einmal an die Brust schlagen und betennen müssen, daß sie in bezug auf die Konkurrenzfähigkeit und die gesamte Gestaltung der Lage nicht frei von Sünden ist. Die Handelsverträge mit den Nachbarn, die der Industrie Lebensmöglichkeit geben würden, sind durch die Warschauer Unfähigkeit immer noch nicht geschaffen. Wie ein bitterer Hohn aber klingt die vor einigen Tagen durch die Presse gegangene Nachricht, daß französische Kaufleute an Hand des Handelsvertrages mit Sowjetrußland Textilwaren bei uns aufkaufen und nach Rußland senden wollen. Ist dem gegenüber die Behauptung von der Konkurrenzunfähigkeit

nicht ein Märchen? Sind die Waren nur für unsere Industriellen zu teuer, nicht aber für die Franzosen, die dabei ganz bestimmt ein gutes Geschäft machen werden?

Diese Tatsachen geben der Arbeiterschaft zu denken und beweisen gleichzeitig, daß die Konkurrenzunfähigkeit nur eine leere Ausrede der Industriellen ist. Diese Tatsache muß aber auch der Warschauer Regierung zu denken geben. Sie sieht es jetzt handgreiflich, daß die Industrie für Polen kein schlechtes Geschäft ist und daß man derselben eine größere Aufmerksamkeit zuwenden muß. Und deswegen darf die Kraft des Volkes nicht durch Hungerlöhne zerschlagen werden.

Aufgabe der Regierung ist es nunmehr den Lohnstreit in der Lodzer Industrie in der Weise beizulegen, daß der Arbeiterschaft das Existenzminimum gesichert wird. Ebenso dringend ist für die Regierung die Regelung der Handelsbeziehungen mit dem Auslande, will sie verhindern, daß das Nationalvermögen Polens — die Industrie — nicht Ausbeutungsobjekt fremder Kapitalisten wird.

L. K.

Gestern wandten sich die Abgeordneten Szczerkowski und Waszkiewicz im Namen des Klassenverbandes und des Verbandes „Praca“ in der Angelegenheit des heutigen Streikausbruchs an das Innenministerium. Die Abgeordneten erklärten im Ministerium, daß die Industriellen in Lodz in der letzten Zeit die Bedienung bei den Maschinen trotz des Widerspruchs der Verbände verringert und die Warenpreise erhöht haben, also eine Lohnerhöhung ohne Schaden für sich gewähren können. Auch sind die Löhne in der letzten Zeit durch Verschiebungen der Arbeiter verringert worden. Infolgedessen verlangten die beiden Abgeordneten ein Eingreifen der Regierung in den Lohnstreit zugunsten der Arbeiterschaft. Die Regierung versprach, ihre Beschlüsse in dieser Angelegenheit heute zu fassen. Beim Hauptinspektor Klott sprachen sich die Abgeordneten gegen die dritte Arbeitsschicht aus. Die Genehmigung sollen nur diejenigen Industriellen erhalten, die die Inbetriebhaltung dieser Schicht für längere Zeit garantieren.

### Der Streik beginnt.

In der gestrigen Sitzung des Klassenverbandes wurde beschlossen, schon bei den Nachtschichten mit der Arbeit auszufahren. In der Nacht patrouillierten Streikende, um diejenigen, die noch arbeiten, zur Einstellung der Arbeit zu veranlassen.

Auch hat in später Abendstunde der Verband „Praca“ beschlossen, sich dem Streik vollständig anzuschließen.

### Die P. P. S. und Kriegsminister Sikorski.

Der Sejmklub der P. P. S. verhandelte in einer geheimen Sitzung über die Frage, wie sie sich bei der Abstimmung über das Budget des Kriegsministeriums zu verhalten habe. Bekanntlich hat sich Abg. Moraczewski in der Budgetkommission gegen den Kriegsminister Sikorski ausgesprochen. In einer der nächsten Sitzungen erwies es sich jedoch, daß Moraczewski eigenmächtig vorgegangen war, ohne vom Klub beauftragt gewesen zu sein, sich gegen das Budget des Kriegsministeriums auszusprechen. Die geheime Klubitzung der P. P. S. hat nun diesen Zwischenfall durch die Annahme einer Entschliessung beigelegt. In dem ersten Teil wird den Mitgliedern verboten, ohne Verständigung des Klubs Erklärungen abzugeben, die den ganzen Klub verpflichten. Im zweiten Teil wird darauf hingewiesen, daß die P. P. S. im gegenwärtigen Augenblick eine Neubesehung des Kriegsministeriums für unaktuell halte. Den bedeutendsten Absatz bildet jedoch der dritte Teil der Entschliessung. Darin wird erklärt, daß die P. P. S. bei der Abstimmung über das Budget des Kriegsministeriums sich der Stimme enthalten werde.

Abg. Moraczewski hat in dieser Entschliessung nicht besonders gut abgeschnitten. Er wurde von seinen Klubkollegen sozusagen desavouiert. Die Stellungnahme der P. P. S. zum Kriegsminister Sikorski ist sicher nicht von allen Klubmitgliedern gebilligt worden, was schon daraus zu schliessen ist, daß, wie gewöhnlich bei solchen Fällen, in der Mitteilung an die Presse nicht besonders darauf hingewiesen wird, daß die Entschliessung einstimmig angenommen wurde.

### Autonomie für die Ostgebiete.

Der Klub der P. P. S. hat beschlossen, dem Sejm eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, die den Ostgebieten die Autonomie sichern soll. Die Autonomie soll eine nähere Zusammenarbeit der Regierungskreise mit der Bevölkerung anstreben. Das Reisen dieses Beschlusses hat bei der P. P. S. ziemlich lange gedauert. Aus obiger kurzen Meldung ist es jedoch nicht ersichtlich, wie weit die Autonomie gehen soll. Wir fürchten, die P. P. S. wird auch diesmal nur eine halbe Arbeit geleistet haben, die keinesfalls den berechtigten Wünschen der Bevölkerung der Ostgebiete Rechnung trägt.

### Die Rucharzki-Affäre.

**Rucharzki soll vor das Staatstribunal kommen.**

Am Dienstag kam die Unterkommission zur Untersuchung der Scharadower Affäre zusammen, um festzustellen, welche Schritte gegen den ehemaligen Finanzminister Rucharzki zu unternehmen sind. Wie bekannt, hat dieser Finanzminister der Witos-Regierung durch seine überaus leichtsinnige Kreditpolitik dem Staatsschatz ungeheure Verluste zugefügt.

Auf eine Anfrage an die Staatsanwaltschaft, ob sie gegen Rucharzki gerichtliche vorgehen will, antwortete die Staatsanwaltschaft mit einem Schreiben, in dem sie erklärt, daß sie in der Scharadower Affäre noch keine endgültige Antwort geben könne. Abg. Anusz von der „Wyzwolenie“ erklärte darauf, daß es nicht nur im Interesse des Herrn Rucharzki selbst liege, sich von den ungeheuerlichen Vorwürfen zu reinigen, sondern, daß auch der Sejm sowie der ganze Staat lebhaft daran interessiert ist, inwiefern Rucharzki unschuldig ist. Abg. Moraczewski von der P. P. S. äußerte sich sehr scharf gegen eine weitere Hinausschiebung dieser Angelegenheit und forderte, Herrn Rucharzki vor das Staatstribunal zu stellen. Für diesen Antrag des Abg. Moraczewski stimmten 6 Kommissionsmitglieder, dagegen aber nur 4, so daß Rucharzki sich demnächst vor dem Staatstribunal zu verantworten haben wird.

Auf den Ausgang dieser Affäre, die soviel Staub aufgewirbelt hat, darf man mit Recht gespannt sein.

### Sie schmusen.

**Nach Korfanty findet auch Paderewski, daß die Deutschen brauchbare Bürger sind.**

Paderewski, der ehemalige Ministerpräsident von Polen, war am Donnerstag in Kattowitz und hat dort bei einem Essen im Monopol, das die Stadt zu seiner Ehre veranstaltete, eine Rede gehalten, in der folgende Wendung vorkam:

„Es ist die Pflicht aller Polen in Schlesien, so sich gegen unsere Mitbürger fremden Blutes und Glaubens zu verhalten, daß dieses Verhalten ein Beispiel für die anderen ist, unter deren Herrschaft noch ungefähr zwei Millionen unserer Volksgenossen bleiben.“

Auch Herr Korfanty, der zugegen war, sprach in demselben verständlichen Sinne.

Der „Krautauer Kurier“ bemerkt, daß Paderewski mit dieser Rede jedenfalls eine Unterstützung Korfantys beabsichtigt habe, der gegenwärtig für einen nationalen Liberalismus besonders gegenüber den Deutschen in Oberschlesien eintrete.

Es wäre ja alles recht schön, wenn diese Herren auch ehrlich denken, was sie sagen. Wir schlagen jedenfalls den Weg der Mitarbeit sofort ein, wenn wir zugelassen werden. Doch heute merken wir von einer Umkehr der Herren Chauvinisten noch sehr wenig.

Deswegen: „Mniej gadania, więcej czynu!“ (Weniger reden, mehr schaffen!)

### Hier mit dem Staatsanwalt!

Hier mit dem Staatsanwalt! — das ist der Ruf der Reaktion und ihrer Presse, wenn es sich um Abgeordnete der Linksparteien handelt, die die Dinge so sehen, wie sie sind. Bei der gegenwärtigen staatspolitischen Einstellung gewisser regierender Kreise, ist es nicht verwunderlich, wenn man sich bemüht, diese Abgeordneten im „Interesse“ des Staates unschädlich zu machen. In der letzten Sejm-session, haben die Gerichtsbehörden nicht weniger als 170 Anträge wegen Auslieferung von Abgeordneten eingereicht. Die größte Anzahl dieser Anträge entfällt auf die Mitglieder der sozialistischen Fraktion, und zwar auf 40 Abgeordnete mehr als 40 Anträge. An zweiter und dritter Stelle steht der ukrainische und weißrussische Klub. Alle diese Abgeordnete werden wegen politische, d. h. „staatsfeindliche“ Vorgehen verfolgt.

Was die Chjena anbelangt, so wurden 7 Anträge eingebracht, die alle privater Natur sein sollen.

Kommentar überflüssig!

### Der englisch-ägyptische Konflikt.

Das von England an Ägypten gerichtete Ultimatum erinnert in gerader Weise an das Ultimatum Oesterreichs an Serbien, jenen verhängnisvollen Schritt, der zu dem Ausbruch der Weltkatastrophe führte. Die Analogie wäre eine vollständige, wenn auf der englischen Seite eine wirkliche Bereitschaft zum Kriege bestünde und wenn Ägypten über genügend Machtmittel verfügte, um seine Hoheitsrechte verteidigen zu können, bezw. wenn es, wie seinerzeit Serbien, auf eine Unterstützung durch andere Großstaaten rechnen dürfte. Trotzdem ist die Lage für England sicherlich im höchsten Maße bedenklich. Denn das, was in Ägypten geschieht und nun weiter geschehen soll, wird sicherlich im ganzen, von politischen Leidenschaften zerwühlten und im Geiste der Auflehnung gegen England befindlichen Orient stark beachtet werden. In London regiert eine neue, eine konservative Regierung. Sie hat in dem gerade beendeten Wahlkampf recht starke Reden geführt. Sie glaubt deswegen wohl, nun auch stark handeln zu müssen. Es mag wohl für England ein Unglück sein, daß seine jetzige Regierung noch so jung ist. Wäre sie weniger beeinflusst von den vor kurzem gehaltenen Wahlen und stände sie schon mehr in der Arbeitsroutine drinnen, so würde sie vermutlich weiser gehandelt haben.

Die scharfe englische Note hat in Ägypten eine große Enttäuschung hervorgerufen. Das ägyptische Parlament sandte an den Völkerbund eine Deklaration, worin es gegen das gewaltsame Vorgehen Englands protestiert und um Hilfe nachsucht. Nach schweizerischen Meldungen wird der ägyptische Protest den einzelnen Staaten nicht bekanntgegeben werden. Der Sekretär wird nur den Empfang bestätigen. Augenscheinlich fürchtet sich der Völkerbund durch sein Eingreifen in einen Konflikt mit England zu geraten.

Wie es heißt, will Macdonald im englischen Unterhause gegen die Regierung wegen der imperialistischen Politik einen scharfen Anariff richten.

### Vertrauensvotum für Herriot.

**Ein Angriff Poincares mißglückt.**

Die Anhänger Poincares haben in der letzten Sitzung der Kammer versucht, Herriot wegen der Zwischenfälle bei der Bestattung Jaures zu stürzen. Sie reichten einen Antrag ein, in dem sie Herriot das Mißtrauen aussprechen, weil er es nicht verstanden hätte, die antistaatlichen Tumulte der Kommunisten zu verhüten. Die Aussprache über diesen Antrag dauerte bis in die späte Nacht hinein. Nach einer großen Rede Herriots wurde ihm mit einer großen Stimmenmehrheit das Vertrauen ausgesprochen.

Der älteste französische Abgeordnete Thomson, ein Freund Gambettas, sprach sich über diesen Angriff Poincares wie folgt aus: „Ich bin bereits seit dem Jahre 1872 Abgeordneter, aber noch niemals habe ich eine solch brutale und ungeschickte Opposition gesehen. Sie irrt sich, wenn sie denkt auf diesem Wege die Macht zu erringen.“

### England und das Genfer Protokoll.

In der englischen Öffentlichkeit wird starke Kritik am Genfer Protokoll ausgeübt. Als Beweis für die englische Stimmung mag dienen, daß die völkerbundfreundliche „Westminster Gazette“ in einem nach Genf gerichteten Artikel auseinandersetzt, daß der Völkerbund nur Schaden erleiden müsse, wenn er die Satzungen verfrüht und übereilt abändere, ohne gewiß zu sein, daß die englischen Dominions nicht abspringen und daß Amerika eine solche Politik moralisch unterstützt. Zeit und Geduld sei für die Entwicklung des Völkerbundes viel wichtiger als die Ausarbeitung und Ratifizierung von Resolutionen im Genfer Protokoll. „Westminster Gazette“ verweist darauf, daß das Protokoll besonders auch den Nachteil habe, die Friedensverträge für Osteuropa zu bekräftigen, die als absolut unbefriedigend betrachtet werden müßten. Das Blatt verweist ferner auf die Feststellungen eines ungarischen Politikers in der „Times“, der darlegt, daß die Situation auf dem Balkan für den Frieden gefährlicher sei als vor dem Kriege, besonders wegen des ungenügenden Schutzes der Minderheiten. Wäre es nicht besser als Satzungsänderungen, fragt die „Westminster Gazette“, wenn der Völkerbund die Ursachen der gefährlichen Unruhen in Osteuropa zu beseitigen versuche?

### Die Inder suchen Anschluß an die 3. Internationale.

Die Konferenz der Inder in Bombay nahm einen Antrag Ghandis mit überwältigender Mehrheit an, der mittelbar die Folgen haben dürfte, daß die indische nationale Bewegung den Anschluß an die dritte Internationale nach wie vor anstrebt.

### Spanische Niederlagen in Marokko.

Die Situation der spanischen Armee in Marokko ist kritisch. Die vorgeschobenen Posten, die auf Grund des Befehles Primo de Riveras zurückgezogen worden waren, sind bereits von den Riffluten besetzt. Die Rifstruppen reorganisieren sich und greifen die im Rückzuge befindlichen spanischen Kontingente ohne Unterbrechung an. Der Rückzug kostete bis heute der spanischen Armee sehr bedeutende Verluste: ein General ist tot, zwei andere schwer verwundet, an 40 Offiziere, von denen mehrere dem Generalstab angehören, sind getötet, über 1000 spanische Soldaten gefallen. Das ungunstige Wetter und besonders der anhaltende Regen kommen dem Gegner zugute, da die Rifflute besser an das Klima gewöhnt sind.

### Die Gärung in Ungarn.

Im Parlament verwies Abg. Graeffl auf die Zustände, die unter den Landarbeitern des Tieflandes und unter den Besitzlosen sich bemerkbar machen. In den größten Zentren des Tieflandes werde bereits seit Monaten eine überaus rege Agitation entfaltet. Durch diese Agitation werde nicht nur der gesellschaftliche Frieden, sondern auch die Sicherheit der Produktion gefährdet.

Ministerpräsident Bethlen erwiderte, von der unter den Landarbeitern betriebenen Agitation sei die Regierung unterrichtet. Sie werde sich mit aller Energie der gesellschaftlichen Tätigkeit einzelner unverantwortlicher Faktoren entgegenstellen.

Minister des Innern Ivan Radosky sagte, daß diese Agitation nicht nur im Rahmen von Volksversammlungen getrieben werde, sondern daß man es mit einer sozialistischen Agitation von Haus zu Haus zu tun habe.

### Eine deutschnationale Bombe.

In der „Welt am Montag“ teilt der bekannte pazifistische Demokrat von Gerlach mit, er habe Kenntnis davon erhalten, daß die Deutschnationalen Knapp vor den Wahlen mit einer ähnlichen Bombe arbeiten wollten, wie die englische Konservativen mit dem Briefe Sindojew. Sie wollten ein angebliches Memorandum Herriots veröffentlichen, welches dieser an die Verbündeten Frankreichs gerichtet haben soll über die Notwendigkeit der Umstellung der deutschen Reichswehr, die noch vor den Reichstagswahlen stattfinden müsse. Immer werde in diesem Memorandum darauf hingewiesen, daß es sicherlich im Einverständnis mit den deutschen Demokraten und mit Berücksichtigung ihrer Interessen abgefaßt worden ist.

Von Gerlach erkannte sofort, daß es sich bei diesem Memorandum um eine gröbliche Fälschung handelt, und seine Ermittlungen bestätigten ihm das. Man wolle also durch einen großen Schwindel die deutschen Wahlen noch im letzten Moment beeinflussen.

### Kleine politische Nachrichten.

Die „Wyzwolenie“ und der Bauernverband, Gruppe Bohl, haben beschlossen, im Sejm eine gemeinsame Politik zu betreiben. Der Kaukasus gegen Sowjetrußland. Wie der „Daily Telegraph“ berichtet, so soll im Kaukasus eine neue Aufstandsbewegung gegen Sowjetrußland im Gange sein.



### Nachlänge zu den Stadtratwahlen in Zyrardow.

Der Erfolg der Deutschen. — „Nr. 1, ten sprawiedliwy“.  
Der 23. November, der Feiertag der Deutschen Zyrardows.

Die Wahlen in Zyrardow sind vorüber. Sie haben der Zyrardower Einwohnerschaft eine Ueberraschung gebracht. Die Deutsche Arbeitspartei Polens zieht mit 2 Stadtverordneten in das Stadtparlament ein. Trotz aller Anfeindungen und Verleumdungen, trotz der Beanstandung der Liste der D. A. P., trotz der Chikanierung und der Anwendung der Gewalt durch die Chjenisten den deutschen Kandidaten gegenüber, trotz der chauwinistischen Behauptung, es gebe in Zyrardow keine Deutschen, trotz alledem ist die deutsche Liste Nr. 1 siegreich aus den Wahlen hervorgegangen. Gegen 700 Wähler haben ihre Stimmzettel für die Liste der Deutschen Arbeitspartei in die Wahlurne geworfen. Die Deutschen aller Bekenntnisse sind ihrer Wählerpflicht treu nachgekommen.

Die Zyrardower Deutschen haben in dieser Richtung vorbildliches geleistet. Keine deutsche Stimme wurde beanstandet, bis auf eine, auf der in polnischer Sprache geschrieben stand: „Nr. 1, ten sprawiedliwy“ (Diese Nummer ist gerecht). Ein deutscher Werkstätiger hat damit beweisen wollen, daß er zu der Liste Nr. 1 das Vertrauen hat. Und obwohl dieser einzige Stimmzettel als ungültig erklärt wurde, gilt er der D. A. P. in Zyrardow als Gruß. Der Gruß „Ten sprawiedliwy“ werde uns zur öffentlichen Manifestation, zu einem Bekenntnis gegenüber den Bauern und Trägern, die im alten Trott beharren, aber auch gegenüber der ganzen Meute unserer Gegner und Feinde vom brutalen Chjenisten bis zu den deutschen Renegaten. Er beweist die Kraft der Ueberzeugung, den Mut zum Bekenntnis, die Gewiß-

heit des kommenden Sieges, den Stolz des deutschen Mannes. Er ist der Sinn und das Wesen des klassenbewußten Deutschen.

Am Wahltag haben wir empfunden, welche heilige Begeisterung, welche Gelbheit der Treue in diesen Worten, in diesem Gruß: „ten sprawiedliwy“ liegt. Damit ist dieser neue Gruß zum Verbrüderungszeichen geworden, zum sichtbaren und hörbaren Ausdruck der Gefühle, welche die Deutschen Zyrardows befeelen. In diesem Sinne mögen alle unsere Werkstätigen den Gruß aufnehmen.

Es ist begreiflich, daß der Wahlausgang in Zyrardow und der unerwartete Sieg der Deutschen Arbeitspartei in den Kreisen der Hurra-Patrioten eine Verstimmung und Beschämung hervorrufen mußte. Gänzlich verändert wird jetzt die polnische Politik gegenüber den Deutschen werden müssen. Dies hängt allerdings weniger von der Chjenisten selbst ab, als von der neuen Fraktion der Deutschen Arbeitspartei, mit der die Chauvinisten jetzt zu tun haben werden.

Der 23. November wird der Wendepunkt sein, an welchem die politische Selbständigkeit und Kraft den breitesten deutschen Volksschichten noch deutlicher als bis jetzt zur Erkenntnis wird.

Der 23. November wird also der Tag sein, an welchem die Zyrardower deutschen Werkstätigen die Erringung der ihnen verbrieften Rechte feiern können. Eine solche Feier umfaßt alle, die Starken und Mutigen und die rüdgelehrten Verirrten. Der vergangene Sonntag wird in der Geschichte der deutschen werkstätigen Bevölkerung Zyrardows der Feiertag sein, an dem sie sich durch das Auftreten der D. A. P. wiedergefunden haben. Geeint stehen jetzt die Deutschen Zyrardows da um ihre völkischen und wirtschaftlichen Interessen wirksam zu verteidigen zu können. Die Namen der gewählten zwei Stadtverordneten Emil Ruhn und Otto Johann Schmidt sowie deren

bisheriges Wirken bieten die Gewähr dafür, daß die Zyrardower mutige Kämpfer für ihre Sache gefunden haben. Den beiden Gewählten aber wünschen wir die Kraft zur wirksamen Verteidigung ihrer Volksgenossen.  
Carl Koenig.

### Von der Deutschen Arbeitspartei.

#### Einberufung des Parteirates.

Am Sonntag, den 30. November, um 9 1/2 Uhr vormittags, findet im Saale in der Andrzejstraße 17 die 3. Sitzung des Parteirates der D. A. P. statt. Die Anwesenheit aller Mitglieder des Parteirates ist unbedingt erforderlich.

Die Tagesordnung des Parteirates ist folgende:

1. Eröffnung.
2. Verlesung des Protokolls der 2. Sitzung.
3. Die politische Lage und die Taktik der Partei.
4. Die Finanz- und Wirtschaftslage des Staates.
5. Die soziale Arbeitergesetgebung.
6. Das Minderheitenproblem.
7. Die gewerkschaftliche Organisation der deutschen Arbeiterschaft.
8. Die Organisation der Jugend.
9. Bericht des Hauptvorstandes und der Vertreter aller Ortsgruppen über den Stand der Parteiarbeiten.
10. Einberufung des zweiten Parteitag.
11. Allgemeines und Anträge. Der Hauptvorstand.

Ortsgruppe Alexandrow. Am Sonnabend, den 29. November, um 7 Uhr abends, findet der erste Diskussionsabend statt. Sprechen wird Stv. L. Rul, Lodz.

Ortsgruppe Dorsow. Am Sonnabend, den 29. November, um 5 1/2 Uhr abends, findet der erste Diskussionsabend statt. Sprechen wird G. G. K. K., Vorsitzender der Kontrollkommission.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Rut. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.



Heute Premiere des schönsten Filmwerkes d. Gegenwart! Erzeugnis der Universal-Film-Co. in New-York:

## Wie Wien lacht u. weint (Das Mädchen vom Karussell Merry Go Round)

Monumentales Drama Die Freuden und Leiden des Praters. In der Hauptrolle: Mary Philbin  
die in diesem Film alle anderen Filmsterne in den Schatten stellt. — Der Prater mit seinem Teufelstrod und den gigantischen Karussells Symphonie-Orchester unter Leitung des Herrn W. Bewal.

### Plüsch-Mäntel 150 Zl.

Für Weihnachten sind die Waren sehr billig

- Damen-Mäntel neue Fassons 75.— 55.— 40.— 35.—
- Mit Pelz garnierte Damen-Mäntel 150.— 125.— 110.— 95.—
- Damen-Kleider 35.— 25.— 20.— 15.— 10.— besonders billig
- Herren-Anzüge 125.— 110.— 75.— 60.— 45.—
- Kammgarn-Hosen 42.— 32.— 28.—
- Herren-Älster 115.— 95.— 75.— 65.—

Kinder-Anzüge und Paletots in großer Auswahl billigst zu haben bei

### Schmechel & Rosner, A.-G.

Lodz, Petrikauer Straße 100 und Filiale 160

### „Elektrotechniker“

übernimmt Reparaturen von Licht und Blenden wie auch Signalisierungsanlagen. Bestellungen auf elektrische Rekonstruktion und Reparaturen werden angenommen bei Elektrotechniker O. Funke, Lodz, Zakatna 45, erste Etage. 338

### Kleine Anzeigen

wie: Stellen-Gesuche u. Angebote, Wohnungs-Gesuche und Angebote, Käufe, Verkäufe und andere

haben in der „Lodzzer Volkszeitung“ stets guten Erfolg!

### Schuhwaren

kaufen Sie billig bei R. Stoklos, Lodz, Wólczanska 161.

### Männer-Gesangverein „Concordia“.

Sonntag, den 30. November d. J., im eigenen Vereinslokale um 3 Uhr nachmittags im ersten und um 4 Uhr im zweiten Termin

### Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Protokollverlesung, 2. Rassenbericht, 3. Neuwahl und 4. Anträge. Die Herren Mitglieder werden dringend um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Jeglicher Art 407

## Pelze und Felle färbt

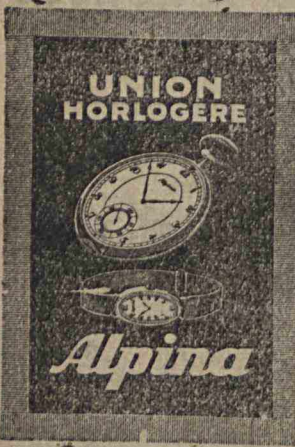
nach neuestem Leipziger Verfahren schnell und preiswert

### Keilich u. Golda, Lodz

Färberei und chemische Reinigungswerke

FABRIK: Wólczanska 257. FILIALE: Petrikauer 147, Tel. 27-87.

### Das Uhren- u. Goldwaren-Geschäft



Artur Klözel  
Lodz, Petrikauer Straße Nr. 118  
empfiehlt in reicher Auswahl passende Weihnachts-Geschenke:  
goldene Uhren  
der Schweizer Firmen Genit, Union Horlogere Alpina, moderne Stand- und Küchenuhren.  
Geöffnet von 9—1 und von 3—7.

### Im Partei-Sekretariat der D. A. P. werden vom Parteisekretär

Auskünfte über Umsatz-, Einkommen- u. Mietssteuer, in Rechts- u. Krankenkassenangelegenheiten u. in Wohnungs-, Schul- und allgemeinen Fragen erteilt.

Desgleichen werden auch Bittschriften verfaßt.

Jeder Deutsche, der eine Auskunft in obigen Angelegenheiten wünscht, wende sich an das Sekretariat Zamenhofska 17.

### Sie kaufen gut und billig Ihre Wintergarderoben

gegen bar und Ratenzahlungen nur bei „WYGODA“ Petrikauer 238  
Damen- und Herren-Garderoben sowie Manufakturwaren in größter Auswahl.  
Bemerkung: Bestellungen werden in den eigenen Werkstätten binnen 4 Tagen ausgeführt. (Filialen besitzen wir nicht). 387

ACHTUNG! RAUCHER!  
Großer Ausverkauf von  
**ZIGARREN**  
der gew. Fabrik Loeser & Wolf und andere.  
Stefan Lewandowski  
Lodz, Sienkiewicza-Strasse 50.



